

II-3457 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1667/J

1991-10-03

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Feurstein
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend vorzeitige Alterspensionierungen aufgrund von
Betriebsvereinbarungen bei den ÖIAG

Im Zuge der notwendigen betriebswirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen bei den Betrieben der ÖIAG mußte auch in vielen Bereichen eine Reduzierung des Personalstandes eingeleitet werden. Um diese Reduzierung des Personalstandes in möglichst geringem Ausmaß durch Kündigungen zu bewältigen, wurden in vielen ÖIAG-Betrieben Betriebsvereinbarungen zwischen den Betriebsleitungen und den Betriebsräten geschlossen, die vorsahen, daß Arbeitnehmer zum gesetzlich frühest möglichen Zeitpunkt in die frühzeitige Alterspension zu schicken waren. War der betroffene Arbeitnehmer damit nicht einverstanden, drohte die Kündigung.

Die Frühpensionen - das tatsächliche Pensionierungsalter liegt derzeit bei durchschnittlich 57,8 Jahren - sind zum größten Problem der Pensionsfinanzierung geworden. Laut Mitteilung der Sozialversicherungsträger würde bereits ein Ansteigen des durchschnittlichen Pensionseintrittsalters um 3 Monate eine Kostenentlastung um 1 Milliarde Schilling bewirken. Für eine dauerhafte Sicherung unseres Pensionssystems ist es daher zwingend erforderlich, daß in Zukunft Frühpensionierungen nicht mehr oder weniger automatisch erfolgen, sondern daß diese stärker an der individuellen Situation des betroffenen Beschäftigten orientiert werden.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Sind Sie in Ihrer Funktion als Eigentümervertreter bereit, auf den ÖIAG-Vorstand dahingehend einzuwirken, daß bestehende Betriebsvereinbarungen für frühzeitige Alterspensionierungen bei ÖIAG-Mitgliedsbetrieben aufgelöst werden?